

**abgeschlossen am
26. Februar 2001**

	<u>Seite</u>
1. Präsident Bush legt Congress Steuerreformpläne vor	1
2. Congressional Budget Office erhöht Budgetüberschuss-Prognose	3
3. Auseinandersetzung um VN-Schulden beendet	3
4. Bush wirbt für bildungspolitische Initiativen	6
5. Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren weiter umstritten	7
6. Senator Lott für Lockerung der Sanktionsgesetzgebung	8
7. Senator Helms für Abschaffung der AID	9
8. Republikaner begrüßen Unterstützungsverbot für internationale Familienplanungsprogramme	9
9. Senat bestätigt Bushs Kabinett	10

2/2001

1. Präsident Bush legt Congress Steuerreformpläne vor

Präsident George W. Bush hat Anfang Februar 2001 seine Kampagne für umfassende Steuersenkungen intensiviert und dem Congress seinen Vorschlag für eine Reform vorgelegt (vgl. CR 1/2001, S. 4).

Die Reformvorlage der Administration lehnt sich eng an die im zurückliegenden Präsidentschaftswahlkampf skizzierten Vorstellungen an, die für den Zeitraum bis 2010 Steuersenkungen mit einem Gesamtvolumen von ca. 1.600 Mrd. USD vorsehen (vgl. CR 5/2000, S. 8). Die zentralen Eckpunkte des Vorschlags sind:

- eine Vereinfachung des Bundeseinkommensteuersystems sowie die Absenkung der Steuersätze von gegenwärtig 15, 28, 31, 36 und 39,6 Prozent für die unterschiedlichen Progressionsbereiche auf 10, 15, 25 und 33 Prozent;
- die schrittweise Reduzierung und Abschaffung der Erbschaftssteuer bis 2009;
- die Erhöhung des Kinderfreibetrages von 500 USD für Familien mit einem Jahreseinkommen von bis zu 100.000 USD auf 1.000 USD bei gleichzeitiger Anhebung der Einkommensobergrenze auf 200.000 USD bis 2006;
- eine unbegrenzte Verlängerung der Unternehmenssteuersubventionen für Forschung und Entwicklung.

Zudem hat Bush angeregt, eine beschleunigte Einführung der Steuersenkungen in Erwägung zu ziehen, um der aktuellen Konjunkturabschwächung entgegen wirken zu können. Der bisherige Vorschlag sieht für das laufende Jahr keine Entlastung vor; der größte Anteil der Steuersenkungen soll zwischen 2005 und 2010 wirksam werden.

Politischen Rückenwind hat Bushs Steuerreforminitiative jedoch nicht nur durch die drastisch nach unten korrigierten Wachstumserwartungen für das erste Halbjahr 2001 erhalten, auch wenn viele Ökonomen die Wirksamkeit von Steuersenkungen bei kurzfristigen Wachstumseinbrüchen skeptisch beurteilen. Darüber hinaus lassen die erneut erhöhten Prognosen für die Entwicklung der Einnahmenüberschüsse des Bundeshaushalts Bushs Vorschläge mit Blick auf die Finanzierung realistischer erscheinen (vgl. Punkt 2). Gewicht gewinnt in diesem Kontext insbesondere eine Stellungnahme von Alan Greenspan, dem angesehenen *Chairman* der US-Notenbank, der in einer Anhörung vor dem Congress Steuersenkungen bei einer gleichzeitigen Reduzierung der Bundesschulden als machbar und wirtschaftspolitisch sinnvoll charakterisiert hat.

Während an der Verabschiedung umfangreicher Steuersenkungen im Zuge der Haushaltsberatungen 2001 vor diesem Hintergrund kaum noch Zweifel bestehen, bleiben das Gesamtvolumen der Reformen und der Zuschnitt der Entlastungen umstritten.

Die Demokraten im Congress kritisieren die Initiative der Administration zum einen, weil das hohe Finanzvolumen angesichts der Unsicherheiten der Einnahmenentwicklung kaum Spielräume für neue Ausgaben in der Bildungs- und Gesundheitspolitik lässt. Sie weisen darauf hin, dass von den prognostizierten Haushaltsüberschüssen von ca. 5.600 Mrd. USD etwa 2.700 Mrd. USD den Reservefonds der Rentenversicherung und 400 Mrd. USD denen der Krankenversicherung (*Medicare*) zuzurechnen sind. Zudem führt eine verlangsamte Zurückzahlung der Bundesschulden zu höheren Zinsausgaben und eine vorgezogene Umsetzung der Entlastungen lässt entsprechende Einnahmeausfälle erwarten, sodass sich die Gesamtkosten des Reformpakets auf bis zu 2.500 Mrd. USD aufsummieren könnten.

Zum anderen zielt die Kritik der Demokraten auf den verteilungspolitischen Zuschnitt der Reform. Insbesondere die Abschaffung der Erbschaftssteuer, die bisher bereits einen Freibetrag von 675.000 USD für Einzelpersonen und nahezu doppelte Freistellungen für Ehepaare vorsieht, begünstigt die oberen Einkommensgruppen überproportional. Dagegen können die untersten Einkommensgruppen aufgrund der Ausklammerung der Sozialabgaben (*payroll taxes*) nicht oder nur geringfügig von der vorgeschlagenen Einkommenssteuerreform profitieren.

Die Demokratische Partei will als Alternative zu Bushs Vorschlag einen eigenen Reformentwurf einbringen, der sich auf ein Finanzvolumen von 700 bis 900 Mrd. USD bis 2010 beschränken und eine breitere Streuung der Entlastungen gewährleisten soll. Das Bemühen um eine einheitliche Linie der Partei in beiden Kammern scheint allerdings noch einige Anstrengungen der Führungsspitzen zu erfordern, um zwischen den verteilungs- und fiskalpolitisch begründeten Positionen zu vermitteln.

Während die republikanischen Parteiführungen im Congress die Linie der Administration grundsätzlich unterstützen, sind vor allem im Repräsentantenhaus Forderungen laut geworden, die Reform auszuweiten. Dick Arney (Tx.), der *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, hat sich unter Verweis auf die zunehmend optimistischeren Haushaltsprognosen öffentlich dafür eingesetzt, über eine Aufstockung des Volumens und zusätzliche Vergünstigungen für Unternehmen nachzudenken.

Die Forderungen reflektieren auch die Kritik von Wirtschaftsverbänden, die die einseitige Ausrichtung der Reforminitiative der Administration auf Privathaushalte und die geringfügigen Entlastungen für Unternehmen bemängeln. Allein der Vorschlag, die Abschreibungsbedingungen für Investitionen zu verbessern, könnte die Kosten der Reform in den ersten zehn Jahren um 250 bis 350 Mrd. USD erhöhen. Deswegen hat die Administration bisher jegliche Zugeständnisse an die eigenen Reihen abgelehnt.

Die Öffentlichkeit begegnet der Steuerreformdiskussion gegenwärtig mit einer reserviert zustimmenden Haltung. Grundsätzlich werden Steuererleichterungen zwar

mehrheitlich begrüßt. Doch neue sozialpolitische Initiativen stehen höher in der Prioritätenliste der Wählerschaft und in der direkten Gegenüberstellung verlieren Steuersenkungen deutlich an Zustimmung, zumal wenn die Finanzierung der Sozialversicherungen als gefährdet angesehen wird. Als potentiell zugkräftiges Argument für Bushs Reformplan erweist sich die gegenwärtige Konjunkturabschwächung, die aber aus konzeptionellen Gründen von der Administration nur als flankierendes Element ihrer Werbestrategie eingesetzt werden kann.

Keinen eindeutigen Trend lassen auch die laufenden Bemühungen um die Koalitionsbildung für eine Reformmehrheit erkennen, die aufgrund der gleichen Sitzanteile beider Parteien im Senat schwieriger bleibt als im Repräsentantenhaus. Vom rechten Flügel der Demokraten hat bisher nur Senator Zell Miller (Ga.) Zustimmung zu Bushs Entwurf signalisiert. Demgegenüber haben zwei Senatoren vom linken Flügel der Republikaner, Lincoln D. Chafee (R.I.) und James M. Jeffords (Vt.), ihre Nichtzustimmung angekündigt und eine Reihe weiterer *moderates* um Olympia J. Snowe (Maine) und Arlan Specter (Pa.) Vorbehalte mit Blick auf die Finanzierung angemeldet.

2. Congressional Budget Office erhöht Budgetüberschuss-Prognose

Das *Congressional Budget Office* (CBO), das fiskalpolitische Beratungsorgan des Congress, hat Ende Januar 2001 seine Prognose für die Einnahmeüberschüsse des Bundes für den Zeitraum 2001 – 2010 deutlich nach oben korrigiert.

Die Schätzungen gehen bei Fortschreibung der aktuellen Einnahmen- und Ausgabenpolitik nun von einem Gesamtüberschuss von 5.600 Mrd. USD bis 2010 aus. Diese Summe liegt ungeachtet der zwischenzeitlich beschlossenen zusätzlichen Ausgaben ca. 1.000 Mrd. USD über der im Juli 2000 veröffentlichten Haushaltsprognose.

Die erwarteten zusätzlichen Steuereinnahmen reflektieren vor allem die verbesserten Wachstumsaussichten der US-Wirtschaft infolge verstärkter Investitionen in produktivitätssteigernde Technologien in den zurückliegenden Jahren. Während das CBO 2001 eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf ca. 2,4 Prozent (zuvor geschätzt 3,4 Prozent) annimmt, sind die mittel- und langfristigen Zuwachsraten von durchschnittlich 2,7 Prozent auf 3,1 Prozent angehoben worden. Zudem wird ein nachhaltiges Absinken des Zinssatzes und damit der Kosten der Bundesverschuldung unterstellt.

Das CBO weist allerdings auf die Unsicherheiten von mittel- und langfristigen Überschuss-Prognosen hin, da bereits relativ kleine Änderungen in der Wirtschaftsentwicklung einschneidende Korrekturen erforderlich machen können. Die

optimistischeren Schätzungen werden dem ungeachtet als zusätzlicher Impuls für die Steuersenkungspläne der Bush-Administration gewertet. Während führende Demokraten im Congress unverändert auf die Unwägbarkeiten der Haushaltsentwicklung hinweisen, haben Vertreter der Administration wie der Republikanischen Partei die neuen Zahlen als Bestätigung für ihren Steuersenkungspläne interpretiert (vgl. Punkt 1).

3. Auseinandersetzung um VN-Schulden beendet

Nach jahrelang zum Teil erbittert geführten Auseinandersetzungen zwischen den Republikanern im Congress und Bushs Amtsvorgänger im Weißen Haus Bill Clinton um die Nachzahlung der amerikanischen Beitragsschulden bei den Vereinten Nationen (VN), hat der Senat die Kontroverse beendet (vgl. CR 2/1995, S. 1; CR 11/1997, S. 1; CR 4/1998, S. 1; CR 11/1999, S. 4; CR 1/2000, S. 4). Die Kammer gab am 7. Februar 2001 528 Mio. USD zur Begleichung der amerikanischen Schulden bei der Weltorganisation frei. Weitere 244 Mio. USD sollen im kommenden Haushaltsjahr an die Vereinten Nationen überwiesen werden.

Der Entscheidung, die mit 99:0 Stimmen getroffen wurde,

- war ein Votum der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorausgegangen, die den amerikanischen Anteil am Budget der Vereinten Nationen im Dezember 2000 von 25 auf 22 Prozent gesenkt hatte. Außerdem waren die amerikanischen Beiträge zu *Peacekeeping*-Operationen der Vereinten Nationen von 31 auf 28 Prozent im Jahr 2001, beziehungsweise 26 Prozent im Jahr 2003 verringert worden.

Nach dem Senat muss nun noch das Repräsentantenhaus entscheiden, wo die Zustimmung zur Begleichung der UN-Schulden nach der erfolgten Beitragsreduzierung für die USA ebenfalls sehr groß sein dürfte.

Dem Votum der VN-Vollversammlung waren über 17 Monate dauernde Verhandlungen zwischen Kofi Annan, dem VN-Generalsekretär, und Richard Holbrooke, dem früheren amerikanischen Botschafter bei den Vereinten Nationen vorausgegangen. Während Fred Eckhard, der Sprecher Annans, die Abstimmung im Senat als Vertrauensbeweis des Congress in die Reformfähigkeit der Vereinten Nationen wertete und Annan selbst von einer „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten sprach, beeilte sich Jesse Helms (R-N.C.), der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses und einer der schärfsten Kritiker der VN, von einem „wirklichen Sprung nach vorne“ zu sprechen.

„Wir waren hartnäckig - manchmal vielleicht bis zu dem Punkt, wo es als unangenehm angesehen wird, aber nicht arrogant“, so Helms nach dem Votum des Senats. Die

Aussage verhüllt freilich kaum, dass es der Congress war, der den Vereinten Nationen die Budgetreform diktiert hat. Insbesondere die konservativen republikanischen Mehrheiten im Congress hatten die Weltorganisation seit 1995 wieder und wieder als Symbol eines unkontrolliert um sich greifenden liberalen Internationalismus kritisiert.

Demgegenüber verlangten sie ein größtmögliches Maß an Handlungsfreiheit und strategischer Unabhängigkeit der USA von den Vereinten Nationen. Amerika sollte führen, allerdings nicht im Konzert, sondern im Alleingang. Entsprechend drängten die Republikaner auf ein verringertes Engagement in multilateralen Kontexten und richteten ihre Kritik vor allem gegen die VN, die mit ihren Kollektivorganen traditionell das Gegenstück zu jeglichem Unilateralismus bilden. Die amerikanischen Beiträge zur Weltorganisation sollten verringert und die Haushaltsmittel stärker dort eingesetzt werden, wo sie den nationalen Interessen besser und direkter dienen konnten.

Senator Helms wies denn auch nach dem Votum des Senats darauf hin, dass mit der Beitragsverringering gegenüber den Vereinten Nationen Einsparungen von jährlich 170 Mio. USD für die amerikanischen Steuerzahler einhergingen.

Inwieweit mit der nun beschlossenen Einigung zukünftig eine größere Kooperationsbereitschaft der Republikaner im Congress mit den Vereinten Nationen verbunden ist, wie es der gemäßigt konservative Republikaner Richard G. Lugar (Ind.) im Senat prophezeit, bleibt abzuwarten.

Im Gegensatz zu Lugar hat sein Fraktionskollege Judd Gregg (R-N.H.), der Vorsitzende des *Senate Appropriations Subcommittee for Commerce, Justice, and State* angekündigt, dass er eine Reihe von Anhörungen zu den Peacekeeping-Operationen der Vereinten Nationen durchführen will. Gregg wies darauf hin, dass sich die Gesamtausgaben der VN in diesem Bereich im vergangenen Jahr nahezu vervierfacht hätten. Das bedeute, dass die USA absolut gesehen mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen müssten, auch wenn sich beide Seiten gerade auf eine prozentuale Beitragsverringering in diesem Bereich geeinigt hätten. Der Senator rief zu einer politische Debatte über Peacekeeping-Operationen auf, von denen viele nicht gut geplant seien. Dahinter steht der Wunsch mancher Republikaner, vor allem die amerikanische Beteiligung am Peacekeeping im Kosovo einer scharfen Prüfung zu unterziehen (vgl. CR 5/2000, S. 3).

Freilich könnte auch die Debatte über Schulden der Vereinigten Staaten gegenüber den Vereinten Nationen neu entflammen, denn nach Berechnungen von VN-Vertretern sind es nicht 926 Mio. USD, sondern mindestens eine halbe Milliarde US-Dollar mehr, die die Vereinigten Staaten säumig sind.

4. Bush wirbt für bildungspolitische Initiativen

Die bildungspolitischen Initiativen der neuen Administration bestimmen neben der Steuerreform die Prioritätenliste zu Beginn des 107. Congress (vgl. CR 1/2001, S. 4). Präsident Bush benutzt seine gegenwärtige Werbetour durch die Staaten des Mittleren Westens, um der Öffentlichkeit Details seiner bisher nur in groben Zügen skizzierten Pläne vorzustellen.

Bushs bildungspolitisches Konzept, dass sich von bisherigen Bestrebungen der Republikanischen Partei absetzt, die Rolle des Bundes im Bereich Erziehung und Ausbildung zugunsten der Einzelstaaten zurückzunehmen, fordert im Gegenzug zu einer Erhöhung und Flexibilisierung der Bundeszuschüsse eine verstärkte Erfolgsorientierung der Subventionen. Im Vordergrund stehen dabei die Grund- und Sekundarstufe der Schulausbildung und die Konzentration auf die Kernfächer Englisch und Mathematik, in denen Schulen in jährlichen Tests Fortschritte demonstrieren sollen.

Nach den Vorstellungen der Administration sollen die Bildungsausgaben des Bundes bereits im Haushaltsjahr 2002 um ca. 11 Prozent auf 44,5 Mrd. USD steigen. Neben dem Ausbau der Studentenförderung durch staatliche Darlehen (*Pell grants*) sollen allein die Mittel für die Grund- und Sekundarstufe von ca. 18,2 auf 19,8 Mrd. USD aufgestockt werden. Mehr als die Hälfte der zusätzlichen Mittel sollen einem von Bush favorisierten Programm zur Verbesserung der Lesefertigkeiten von Grundschulern (*'Reading First' initiative*) zufließen, für das in den kommenden fünf Jahren Gesamtausgaben von 5 Mrd. USD vorgesehen sind.

Von demokratischer Seite werden die anvisierten Ausgabenzuwächse allerdings als unzureichend betrachtet und eine Verdoppelung der zusätzlichen Mittel gefordert. Umstritten bleibt zudem die von Bush vorgeschlagene Einführung von sogenannten *vouchers*, Gutscheinen im Wert von ca. 1.500 USD jährlich, die es Eltern mit Kindern in Schulen, die keine Leistungsfortschritte ausweisen können, ermöglichen sollen, zusätzliche Ausbildungsleistungen oder den Besuch anderer Schulen zu finanzieren.

Während Rod Paige, der neue *Secretary of Education*, für die Administration Verhandlungsbereitschaft in dieser Frage signalisiert hat, hält Bushs Vorlage an dem Instrument fest. Demgegenüber hat der Bildungsausschuss des Senats in seiner Planung für die Beratung eines Reformpakets die Voucher-Frage ausgeklammert und die Aushandlung eines möglichen Kompromisses an das Plenum verwiesen.

Die Vorbereitung eigener Reformvorlagen aus den Reihen der demokratischen Partei deuten aber weiter auf ein hohes Interesse beider Seiten hin, eine Konsenslinie zu finden. Senator Joe Lieberman (D-Conn.), im zurückliegenden Wahljahr demokratischer Vizepräsidentenskandidat, hat zusammen mit gemäßigt liberalen Parteikollegen Alternativvorschläge angekündigt, die eine Vermittlung zwischen den verschiedenen Positionen erlauben sollen.

5. Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren weiter umstritten

In einer groben Skizze hat Präsident George W. Bush Ende Januar 2001 dem Congress seine Vorstellungen zur Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung (prescription drug insurance) unter *Medicare*, dem Krankenversicherungsprogramm des Bundes für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, unterbreitet.

Bushs Vorschlag folgt dem im Präsidentschaftswahlkampf 2000 entwickelten Plan, als Übergangslösung bis zu einer Fundamentalreform des Medicare-Programms den Einzelstaaten zunächst Bundeszuschüsse für die Einrichtung von Medikamenten-Zusatzversicherungen für Senioren anzubieten.

Im einzelnen sieht das Konzept der Administration vor,

- in den kommenden vier Jahren jeweils 12 Mrd. USD an Subventionen bereit zu stellen,
- die Medikamentenkosten für Senioren mit Einkommen bis zu 135 Prozent der offiziellen Armutsgrenze voll zu übernehmen,
- die Medikamentenkosten für Senioren mit Einkommen zwischen 135 und 175 Prozent der offiziellen Armutsgrenze teilweise zu erstatten.

Zusätzlich soll allen Senioren unabhängig von ihrem Einkommen eine Notfall-Versicherung (*catastrophic coverage*) angeboten werden, die die Kosten für Medikamente übernimmt, die 6.000 USD pro Jahr übersteigen.

Doch schon im Zuge der Anhörung des neuen Gesundheits- und Sozialministers, des früheren Gouverneurs Tommy Thompson (Wis.), im Senat ist deutlich geworden, dass die Initiative der Administration in der Legislative nur wenig Zustimmung findet und kaum Chancen zur Durchsetzung hat.

Vor allem im Senat bemühen sich gegenwärtig eine Reihe von Congress-Mitgliedern, die sich bereits in den zurückliegenden Jahren in der Frage einer Reform von Medicare engagiert haben, um eigene Lösungsansätze (vgl. CR 3/2000, S. 4). Dabei spielt insbesondere die Überlegung, die Leistungsausweitung und eine Strukturreform des Programms zeitlich nicht zu entkoppeln, eine wichtige Rolle.

Als Basis für einen möglichen zwischenparteilichen Kompromiss haben Mitte Februar 2001 die Senatoren John Breaux (D-La.) und Bill Frist (R-Tenn.) zwei Gesetzentwürfe eingebracht, die als Tandem-Paket die Reorganisation von Medicare und eine Medikamentenversicherung in Aussicht stellen.

Während sich die Strukturreformkomponente an konservative Konzepte anlehnt, die unter Medicare marktwirtschaftliche Kostenkontroll- und Wettbewerbselemente einführen wollen, greift der Vorschlag einer Medikamenten-Zusatzversicherung für

alle Senioren als Teil des bereits bestehenden Bundesprogramms liberale Vorstellungen auf.

Wenngleich die Bush-Administration weitgehende Kompromissbereitschaft signalisiert hat, sichert auch diese Strategie noch keine Mehrheit in beiden Kammern des Congress. Die Mehrheit der konservativen Republikaner lehnt einen Ausbau von Medicare, dem zweitgrößten Sozialprogramm des Bundes, grundsätzlich ab. Unter den liberalen Demokraten stößt dagegen das Konzept größerer Wahlfreiheit in der Koppelung mit höheren Kostenbeteiligungen für Senioren, die häufig nicht über die Einkommen und Informationen verfügen, um von einem solchen System profitieren zu können, auf tiefgreifende Bedenken.

Doch zumindest die Chancen für eine Medikamenten-Zusatzversicherung werden angesichts der hohen Popularität eines solchen Programms und der stark steigenden Kosten für Medikamente verhalten optimistisch eingeschätzt.

6. Senator Lott für Lockerung der Sanktionsgesetzgebung

Im Senat hat sich *Majority Leader* Trent Lott (R-Miss.) dafür ausgesprochen, die Sanktionsgesetzgebung der Vereinigten Staaten einer kritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen. Der Republikaner kündigte an, „einen ernsthaften Blick darauf zu werfen, wie wir Sanktionen für Amerika nutzen, beziehungsweise falsch anwenden.“

In eine ähnliche Richtung hatte sich der neue Außenminister Colin L. Powell während der Senatsanhörungen zur Bestätigung seiner Ernennung im Januar 2001 geäußert. Powell forderte den Congress auf, sämtliche Sanktionen auslaufen zu lassen, solange sie nicht im Einzelfall ausdrücklich erneuert würden.

Unterstützung für die Sanktionskritiker kommt auch von einer überparteilichen Gruppe von Mitgliedern des Bankenausschusses im Senat, die eine Gesetzesinitiative zur Reform des Export Administration Act eingebracht hat.

Die Vorlage (S 149) sieht vor,

- die Exportbeschränkungen für sogenannte „*dual use*-Technologien“, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke eingesetzt werden können, einerseits zu verschärfen, andererseits die Beschränkungen für jene Technologien aufzuheben, die entweder zu Massenwaren geworden oder im Ausland weithin erhältlich sind.

Vor allem die Wirtschafts- und Handelsverbände haben immer wieder eine Überprüfung der amerikanischen Exportkontrollpolitik gefordert, weil sie deren politische Effektivität anzweifeln und Wettbewerbsnachteile befürchten.

Auch Präsident Bush hatte sich während des Wahlkampfes für eine Neufassung des amerikanischen Exportkontrollregimes ausgesprochen, um eine vernünftige Balance zwischen nationalen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen zu gewährleisten. Freilich sind hier Zielkonflikte vorprogrammiert.

Während die Administration Bush einerseits die Exportkontrollen lockern will, hat sie andererseits deren Verschärfung gegenüber dem Irak angekündigt, den die USA in der vergangenen Woche zweimal mit Luftschlägen wegen seiner aggressiven Aufrüstungspolitik belegt haben.

7. Senator Helms für Abschaffung der AID

Jesse Helms (R-N.C.), der konservative Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, hat sich erneut dafür ausgesprochen, die für die internationale Wirtschaftshilfe zuständige Agency for International Development (AID) aufzulösen.

Die Behörde ist unter Präsident Kennedy eingerichtet worden, um die entwicklungsbezogenen Tätigkeiten der USA stärker zu bündeln. Die AID ist eine eigenständige, aber nicht vollkommen unabhängige Einrichtung unter dem Dach des Außenministeriums, die von ihren Kritikern immer wieder als ineffektiv etikettiert worden ist. Sie ist für die Durchführung der bilateralen Wirtschaftshilfe verantwortlich, die gegenwärtig einen Umfang von 8,6 Mrd. USD hat (vgl. CR 12/2000, S. 9)

Helms möchte an die Stelle der AID und deren Tätigkeiten lieber Förderprogramme (*grants*) für religiöse und andere private Entwicklungshilfe-Organisationen setzen. Um seine Vorstellungen der Bush-Administration schmackhaft zu machen, hat Helms Außenminister Powell für den Fall der Abschaffung der Behörde mehr Mittelzuweisungen für die Auslandshilfe in Aussicht gestellt.

8. Republikaner begrüßen Unterstützungsverbot für internationale Familienplanungsprogramme

Nachdem es den konservativen Abtreibungsgegnern während der Amtszeit Bill Clintons nicht gelungen war, die staatliche Unterstützung für internationale Familienplanungsprogramme zu Fall zu bringen (vgl. CR 12/2000, S. 9), können sie nun einen Erfolg verbuchen.

Clintons Nachfolger Bush ist im Januar zur sogenannten Politik von Mexiko City zurückgekehrt, die Präsident Reagan 1984 im Kontext der zweiten Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen beschlossen hatte. Sie verbietet jede

staatliche Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen, die „Abtreibungen als Methode der Familienplanung entweder propagieren oder durchführen.“

Die religiöse Rechte in den USA hatte im Schulterschluss mit den Republikanern im Congress seit 1995 immer wieder versucht, zur Politik von Mexiko zurückzukehren, die Präsident Clinton 1993 aufgekündigt hatte. Sie war jedoch am Widerstand des Präsidenten gescheitert.

Während Jim Kolbe (R-Ariz.), der Vorsitzende des *Foreign Operations Appropriations Subcommittee* im Repräsentantenhaus mit Genugtuung festhielt, dass Bushs Entscheidung genauso lange Bestand haben werde wie Clintons gegenteilige Position, kündigten Abtreibungsbefürworter wie Nita M. Lowey (D-N.Y.) an, dass sie massiven Widerstand im Rahmen des Auslandshilfebewilligungsprozesses leisten würde, „weil der Präsident die ärmsten Frauen und Familien der Welt aufgegeben habe.“

Präsident Bush hatte seine Entscheidung damit begründet, „dass Steuermittel nicht dazu benutzt werden sollten, um Abtreibungen zu bezahlen, dafür zu werben oder aktiv zu fördern, weder in den Vereinigten Staaten noch im Ausland.“

9. Senat bestätigt Bushs Kabinett

Der Senat hat auf Empfehlung der zuständigen Ausschüsse die von Präsident Bush vorgeschlagenen Kabinettsmitglieder bestätigt (vgl. CR 1/2001, S. 8). Als letzter Minister hat der umstrittene frühere Senator John D. Ashcroft (R-Mo.) am 1. Februar 2001 die Zustimmung zur Ernennung zum *Attorney General* erhalten.

Während die meisten Kandidaten und Kandidatinnen ihre Prüfung durch den Senat ohne nennenswerte Opposition durchliefen, konzentrierte sich die Kritik der Demokraten auf Gale Norton, *Secretary of the Interior*, und John Ashcroft. Norton, als Ministerin unter anderem zuständig für Naturparks und staatliche Ländereien, wurde vor allem von Umweltschutzverbänden heftig kritisiert. Ihre Nominierung wurde dennoch mit 75 zu 24 Stimmen angenommen, wobei die republikanische Fraktion geschlossen für sie stimmte.

Auf härteren Widerstand stieß John Ashcrofts Nominierung, dessen frühere Positionen insbesondere zur Abtreibungs- und Bürgerrechtspolitik scharf kritisiert worden sind. Nur 8 demokratische Senatoren schlossen sich den Republikaner in der Abstimmung über Ashcrofts Bestätigung an, 42 stimmten gegen ihn. Gegen den von Ronald Reagan 1985 nominierten und als Kandidat für den Posten des *Attorney General* ebenfalls kontroversen Edwin Meese III hatte es nur 31 Gegenstimmen gegeben.

Unproblematisch blieben dagegen die noch ausstehenden Ernennungen von Elaine Lan Chao als Arbeitsministerin, von Tommy Thompson als Minister für Gesundheit und

Soziales, von Melquiades R. Martinez als Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung, von Norman Y. Mineta als Verkehrsminister sowie Anthony Principi als Minister für Veteranenangelegenheiten. Ohne Gegenstimme ist auch die als Leiterin der Bundesumweltschutzbehörde (EPA) vorgeschlagene frühere Gouverneurin von New Jersey, Christine Todd Whitman ernannt worden.

Im Kontrast zu dem generell reibungsarmen Verlauf der Kabinettsbildung deutet der Widerstand gegen Bushs erste Kandidatin für die Leitung des Arbeitsministeriums, Linda Chavez, wie gegen Ashcroft, die Grenzen der politischen Toleranz der Demokraten wie von Interessengruppen aus dem linken Spektrum an. Chavez, deren Nominierung nach Vorwürfen der illegalen Beschäftigung einer Haushaltshilfe von Bushs Team zurückgezogen worden ist, wie Ashcroft gelten beide als profilierte Vertreter des rechten Flügels der Republikanischen Partei.

Die 42 Stimmen gegen Ashcroft zeigen der Bush Administration, dass die Demokratische Partei in der Lage ist, zukünftige Nominierungen vor allem auch von Richtern für den *Supreme Court* gegebenenfalls zu blockieren, selbst wenn es den Republikanern gelingt, ihre eigenen Reihen geschlossen zu halten. Nach der Geschäftsordnung des Senats werden 60 Stimmen benötigt, um gegen ein *filibuster*, eine Taktik parlamentarischer Obstruktion durch Inanspruchnahme der unbegrenzten Redezeit der Senatsmitglieder, ein Ende der Debatte durchzusetzen und so eine Abstimmung zu ermöglichen.